

Kommentar

Igor Steinle

zum Fall Julian Assange



Klare Worte gefragt

An diesem Mittwoch sind es 1000 Tage, die Julian Assange in Haft sitzt. Zählt man die Zeit hinzu, die er in der ecuadorianischen Botschaft in London eingesperrt war, hat es den 50-jährigen fast zehn Jahre seines Lebens gekostet, Kriegsverbrechen der US-Armee und Lügen der amerikanischen Regierung über die Einsätze im Irak und in Afghanistan aufgedeckt zu haben. Entscheidet die britische Regierung, ihn an die USA auszuliefern, drohen ihm weitere 175 Jahre Haft.

Dabei ist Assange kein Verbrecher. Für das, was er getan hat, gibt es einen Namen: Journalismus. Dennoch bleibt die Bundesregierung in seiner Angelegenheit still. Zu groß ist die Sorge vor diplomatischen Konsequenzen. Doch andere Konsequenzen dieses Schweigens wiegen mindestens genauso schwer. Nicht nur lässt es alle Aufrufe, den bewundernswert

mutigen Alexej Nawalny und mit ihm alle anderen eingekerkerten politischen Häftlinge in Russland, China oder sonstwo freizulassen, hohl und unglaublich klingen.

Noch gravierender sind die Folgen für den Journalismus. Schon jetzt überlegt sich wahrscheinlich weltweit jeder Journalist dreimal (Assange ist Australier), ob er belastendes Material über die US-Regierung veröffentlicht. Würde Assange verurteilt, wäre ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen, in dem Journalismus zum Verbrechen erklärt wird. Außenministerin Baerbock täte also gut daran, sich zu erinnern, was sie, noch kurz bevor sie in Amt und Würden war, gefordert hatte: die sofortige Freilassung Julian Assanges. Eine günstige Gelegenheit dafür böte sich genau jetzt: Zufälligerweise reist sie an eben diesem Mittwoch zu ihrem Antrittsbesuch nach Washington.